Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Briefträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 105 — 89. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 7. Mai 1930

Haushaltssorgen.

Bei der Fülle von Notprogrammen, vor denen die deutsche Regierung und der Reichstag stehen, ist eins dieser Probleme — vielleicht das wichtigste von ihnen! — in letzter Zeit allzusehr in den Hintergrund getreten, obwohl es die eigentliche Ursache dafür war, daß es zur Kabinettskrise im März gekommen ist: Was soll aus der Arbeitslosenversicherung, was soll überhaupt aus der Arbeitslosigkeit in Deutschland werden? Eine rasche Besserung der wirtschaftlichen Lage und damit ein schnelles Sinken auch der Arbeitslosenziffer war im Winter eine Hoffnung, die sich bisher nur in einem verhängnisvoll geringem Maße erfüllt, vielmehr nicht erfüllt hat. Dem jetzigen Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald macht die finanzielle Lage der Arbeitslosenversicherung schwerste Sorgen und er hat in seiner Dortmunder Rede auf der Tagung der Zentrumspartei ein geradezu erschütterndes Bild von den Riesensummen gezeichnet, die in Deutschland für soziale Zwecke nicht bloß aufgebracht werden, sondern aufgebracht werden müssen. Sechs Milliarden Mark werden für die deutsche Sozialversicherung von den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern bezahlt, aber darüber hinaus verzeichnet der Reichshaushalt selbst noch 1,4 Milliarden Mark an Ausgaben für soziale Zwecke: das ist etwa das Fünffache von dem, was vor dem Kriege auf diesem Gebiete aufgebracht wurde. Nun treten noch die inneren Kriegslasten mit 3,8 Milliarden hinzu; fast 3 Milliarden werden für kulturelle Zwecke und ähnliche Erfordernisse aufgebracht, so daß von den 23 Milliarden, die dem deutschen Volkseinkommen von Reich, Ländern, Gemeinden, Sozialversicherung usw. entzogen werden, etwa die Hälfte auf soziale Zwecke und Pensionen entfallen. Dr. Stegerwald beziffert die Ersparnismöglichkeiten auf höchstens 10 Prozent dieser Summe von 23 Milliarden Mark, aber er weiß aus den politischen Kämpfen der letzten Monate, daß jeder Versuch schwerste Konfliktstoffe schafft, der die Höhe der sozialen Leistungen irgendwie herabsetzen will!

Trotzdem kann jedoch auch die Arbeitslosenversicherung, wie der Minister sich ausdrückte, kein Kräutlein „Rührmichnichtan" sein; denn die Dinge haben sich ganz anders entwickelt, als man 1927 bei Schaffung dieser Versicherung rechnete. Damals hat man geglaubt, daß die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen jährlich etwa 900 000 oder, wie sie von anderer Seite beziffert wurde, höchstens 1,1 Millionen betragen würde. Jetzt geht eine vorsichtige Schätzung dahin, daß diese Zahl noch weit über die 1½ Millionen hinauswächst. Das würde bedeuten, daß Deutschland mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenzahl von kaum weniger als zwei Millionen rechnen muß, — und dies ändert natürlich auch vieles an den finanziellen und sonstigen Voraussetzungen für die Versicherung. Ein bekannter Sozialdemokrat schrieb vor kurzem, daß der Beitrag für die Versicherung von jetzt 3,5 auf mindestens 6 Prozent gesteigert werden müßte, um sie wirklich auf eigene Füße zu stellen und unabhängig von Reichszuschüssen zu machen. Dann würde die Versicherung mit einer Einnahme von mehr als zwei Milliarden Mark rechnen können; ohne diese Beitragserhöhung, aber bei Fortbestehen der Arbeitslosigkeit in ihrem bisherigen oder nur wenig verkleinerten Umfang würde die Versicherung nach Ansicht des Ministers Dr. Stegerwald auch im Jahre 1930 wieder an Zuschüssen Hunderter von Millionen bedürfen.

So steht auch die deutsche Regierung, und zwar in einem noch viel größeren Umfange als die englische, vor dem Gefahrenproblem einer Arbeitslosigkeit, die dem Reiche schwerste finanzielle Lasten auferlegt, andererseits auch verhindert, daß mit der so oft angekündigten Steuersenkung erfolgreich Ernst gemacht werden kann. Auch der Kampf gegen Mißstände in der Sozialversicherung, besonders gegen unsoziale Ausnutzung ihrer Leistungen durch dazu nicht Berechtigte, kann wohl Ersparnisse erwirken, aber doch auch nicht solche wesentlicher Art. Doktor Stegerwald meinte, daß bei festem Zupacken vorläufig eine Herabsetzung der Gesamtausgaben um insgesamt eine Milliarde Mark erzielt werden könnte, daß weitere 1,5 Milliarden Mark Ersparnisse aber erst durch eine grundlegende Verwaltungsreform in Reich, Ländern und Gemeinden zu erreichen seien.

Man hat ja im Reichstag jetzt damit begonnen, den Haushalt des Reiches durchzuberaten, und will gleich beim Wehretat eine ebenso knappe wie genaue und übersichtliche Festlegung der Ausgaben durchführen. Beispiele dafür, wie Ersparnisse gemacht werden können, werden gegeben, — aber auch hier wieder handelt es sich höchstens um ein paar Millionen. Dabei spielt selbstverständlich auch die Panzerkreuzerfrage mit; nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch Teile der hinter der Regierung stehenden Parteien sträuben sich dagegen, eine Rate hierfür zu bewilligen. Im Haushaltsausschuß des Reichstages hat die Opposition entsprechende Vorstöße bereits eingeleitet. Die Volksvertretung will es sich nicht nehmen lassen, ihr höchstes Recht, aber auch ihre erste Pflicht, nämlich die Etatskontrolle, auf das eingehendste auszuüben. Auch das bleibt vorläufig nur ein Notbehelf und anders, also besser kann es erst werden, wenn die über Deutschland lastende Wirtschaftskrise sich verzieht.

Schieck sächsischer Ministerpräsident

In der Sitzung des Sächsischen Landtages wurde der Präsident des Staatsrechnungshofes Walter Schieck mit den Stimmen der Deutschnationalen, des Landvolks, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, der Volksrechtspartei und der Altsozialisten gewählt.

Die Nationalsozialisten hatten weiße Zettel abgegeben. Die Kommunisten und die Sozialdemokraten stimmten für die von ihnen vorgeschlagenen Kandidaten.

Endlich eine neue Regierung!

In acht Tagen hätte die Regierung Bünger ihr vierteljähriges Jubiläum als geschäftsführendes Kabinett feiern können. Hätte: denn nun endlich hatte sich doch die Einsicht durchgesetzt, daß heute die Entscheidung fallen müsse über Neuwahlen oder Bildung eines neuen Kabinetts, daß es aber jedenfalls mit dem Zwischenzustande ein Ende haben müsse. Lust zu Neuwahlen hatte niemand, höchstens die Nationalsozialisten, die ja auch tatsächlich die einzige Partei sind, die mit ziemlicher Sicherheit auf einen ausgesprochenen Wahlerfolg rechnen könnten. Aber sie sahen zugleich, daß bei der eigenartigen Parteigruppierung in Sachsen ihr Erfolg verpuffen müßte, wenn zugleich die bürgerlichen Parteien etwas weniger stark zurückkehren würden. Das stand zwar keineswegs fest, auch die Sozialdemokraten und Kommunisten sahen Wahlen mit allerlei Befürchtungen entgegen, unsicher war der Ausgang aber eben doch, und deshalb zogen die Nationalsozialisten, entgegen ihren früheren Ankündigungen, es doch vor, noch einmal „einen Versuch" im alten Landtage zu machen. Wobei man übrigens bedenken soll, daß dieser „alte" Landtag noch nicht einmal ein Jahr alt ist.

Der Ausweg wurde gefunden, als man sich entschloß, ein Kabinett zu bilden, das keine Parteipolitiker enthält. Zum ersten Male seit dem Umsturz war die Mitgliedschaft in einer Partei keine Empfehlung für Ministerkandidaten, — im Gegenteil, sogar denen schadete die Angehörigkeit zu einer Partei, die auch als Persönlichkeiten für sich über alle Qualifikationen zum Amte des Ministers verfügten. Der bisherige Ministerpräsident Dr. Bünger bildet das beste Beispiel dafür. Er ist niemals der „Nurparteipolitiker" gewesen, er ist selbst alter Beamter, und er ist es gewesen, der mit seinem im Sommer 1929 gebildeten Kabinett durch die Berufung der beiden Minister Dr. Mannsfeld und Richter zuerst den Weg zum Beamtenministerium beschritten hat. Aber er ist zugleich führendes Mitglied der Deutschen Volkspartei, und deshalb war kein Platz mehr für ihn.

Die Überzeugung herrscht allgemein, daß es niemand so leicht wagen wird, die neue Regierung wieder zu stürzen. Die letzten drei Monate mit ihren vergeblichen Versuchen, einen Ausweg aus dem Wirrwarr der Parteien zu finden, werden Warnung genug sein, — und außerdem: wenn nun auch noch dieses Beamtenkabinett scheitern sollte, was sollte man dann an seine Stelle setzen? Es kann also mit Tatkraft an die Arbeit gehen und braucht keine Angst vor neuen Krisenwinden zu haben. Und hoffentlich trägt die Tatsache, daß die Minister nicht zugleich „Exponenten" von Parteien sind, gegen die sich jeder anderspolitische Abgeordnete einstellen zu müssen glaubt, dazu bei, die Landtagsverhandlungen sachlicher als bisher zu gestalten.

*

Die Wahl des Ministerpräsidenten.

Sächsischer Landtag.

(36. Sitzung.) CB. Dresden, 6. Mai.

Bevor der Sächsische Landtag in die Tagesordnung eintrat, beantragt Abg. Renner (Komm.), heute den Auflösungsantrag nicht zu verhandeln. Zum ersten Punkt der Tagesordnung,

Wahl des Ministerpräsidenten,

gibt Abg. Dr. Blüher (D. Vp.) folgende Erklärung ab: Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Landvolkpartei, der Deutschdemokratischen Partei, der Volksrechtspartei und der Altsozialistischen Partei einigten sich heute zur Wahl des Ministerpräsidenten über folgendes:

1. Als Ministerpräsident soll ein Beamter gewählt werden, der ein unpolitisches Beamtenkabinett zu bilden hat. 2. Die Annahme der Wahl soll der gewählte Ministerpräsident erst dann erklären, wenn er sich mit denjenigen Parteien, die sich zu dieser Einigung bekennen, über die Zusammensetzung des Kabinetts verständigt und die Zustimmung dieser Parteien erlangt hat. 3. Als solcher Ministerpräsident soll Herr Schieck gewählt werden.

Abg. Edel (Soz.) wendet sich besonders gegen die Nationalsozialisten, die sich zu einer Hilfstruppe der kapitalistischen Parteien hingeben. Dieser Front gegenüber werde die Sozialdemokratie in Kampfbereitschaft stehen. Seine Partei sei zur Übernahme der Verantwortung in der Regierung bereit gewesen, aber nicht um jeden Preis. Das groteske Gebilde, das jetzt geschaffen werden solle, werde scheitern an den inneren Gegensätzen.

Abg. Renner (Komm.) beschäftigt sich in der Hauptsache mit den Sozialdemokraten, die nur allzu gern bereit gewesen wären, unter Preisgabe der Arbeiterinteressen mit den bürgerlichen Parteien in einer Regierung zu sitzen.

Abg. von Killinger (Nat.-Soz.) erklärt, seine Partei werde bei der Wahl weiße Zettel abgeben. Über das Leben und Sterben der Regierung Schieck und des Landtages werde der nächste Donnerstag entscheiden, an dem

die Auflösungsanträge

auf der Tagesordnung stünden.

Das Haus schreitet hierauf zur Wahl des Ministerpräsidenten.

Präsident Weckel stellt fest, daß Dr. Schieck mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten habe und deshalb nach der Verfassung als gewählt gelte. Er werde Herrn Schieck von seiner Wahl benachrichtigen und ihn fragen, ob er die Wahl annehme.

Jetzt folgt die Beratung der Vorlagen über die Gewährung von Staatsbeiträgen zur Deckung etwaiger Fehlbeträge bei der

Internationalen Hygieneausstellung Dresden 1930

und der Internationalen Pelzfachausstellung Leipzig 1930.

Abg. Fritzsche (Dtn.) erkennt die Staatsbeiträge für die Pelzfachausstellung als berechtigt an, im allgemeinen auch die für die Hygieneausstellung. Er wendet sich aber dagegen, daß die Garantieübernahme des Staates vor der der Stadt Dresden stehen solle.

Abg. Arndt (Soz.): Auch seine Partei habe Bedenken gegen die Vorlagen.

Abg. Studermann (Komm.) lehnt die Vorlage ab.

Abg. Dr. Blüher (D. Vp.) erklärt, wenn Herr Fritzsche Leipzig Dresden gegenüberstelle, so könnte er eine Aufstellung geben über die Summen, die der Staat für Leipzig aufwende.

Abg. Dr. Kastner (Dem.) stimmt namens seiner Freunde der Vorlage zu. Die Ausstellungen würden auch den

Fremdenverkehr nach Sachsen

ziehen und dadurch der Arbeiterschaft dienen. — Die Vorlage wird hierauf in Schlußberatung gegen die kommunistischen Stimmen angenommen.

Es folgt die gemeinsame Beratung über die Anträge und die Anfragen über die Vorkommnisse bei dem kommunistischen Jugendtreffen Ostern 1930 in Leipzig. — Abg. Herrmann-Leipzig (Komm.) begründet den Antrag seiner Partei und verlangt Absetzung des Leipziger Polizeipräsidenten u. a.

Abg. Kaden (Dtn.) führt aus, in Leipzig habe die Autorität eine schwere Niederlage erlitten, die sobald nicht wieder wettgemacht werden könne. Polizeipräsident Fleißner habe die für die Öffentlichkeit bestehende Gefahr nicht rechtzeitig erkannt. Seine Partei beantrage deshalb einen Wechsel in der Person und im System der Leitung der Leipziger Polizei eintreten zu lassen.

Abg. Winkler (D. Vp.) richtet an die Regierung die Anfrage, was sie zu tun gedenke, um eine Wiederholung solcher Vorkommnisse, durch die die Sicherheit und das Leben der Einwohnerschaft und der Polizeibeamten in Gefahr komme, unter allen Umständen zu verhindern.

Abg. Dr. Wallner (Volksrechtpartei) fragt die Regierung, was sie zur Wiederherstellung der Staatsautorität zu tun gedenke. Die nächste Sitzung findet Dienstag, den 13. Mai, statt.

Das Osthilfegesetz.

Sitzung des Reichskabinetts. — Die Beratungen werden fortgeführt.

Das Reichskabinett beriet unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning und in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther sehr eingehend den Entwurf eines Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens (Osthilfegesetz). Die Besprechungen werden am Mittwoch nachmittag fortgesetzt.

*

Berlin, 6. Mai. Die Teilnahme des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther an den Dienstagberatungen des Reichskabinetts über die Osthilfe sieht, wie die Telegraphen-Union von gutunterrichteter Seite erfährt, im Zusammenhang mit der Umschuldungsfrage und den damit hervorgerufenen Kreditfragen. Im übrigen hat sich das Reichskabinett am Dienstag im wesentlichen mit den Möglichkeiten der Finanzierung des Sofortprogramms beschäftigt, dem es sich um eine erste und grundlegende Teilaktion des für eine Reihe von Jahren ins Auge gefaßten Ostprogramms auch finanziell eine besondere Bedeutung zukommt. Bekanntlich sind im Reichshaushalt selbst für das Ostprogramm 51,3 Millionen Mark vorgesehen. Weiter sollen der Reichsbesitz in dem freiwerdenden Gebiet im Westen sowie gewisse Restbeträge der Bank für Industrieobligationen zur Finanzierung herangezogen werden. Die Reichsregierung beabsichtigt nicht, den Reichsbesitz in dem noch besetzten Gebiet zu verschleudern. Das hat aber zur Folge, daß die aus diesem Posten flüssig zu machenden Summen nur sehr allmählich einlaufen können. Der hierdurch zu mobilisierende Betrag zusammen mit den Restbeträgen der Bank für Industrieobligationen wird gleichfalls auf rund 50 Millionen oder etwas mehr geschätzt. Das Sofortprogramm wird noch vor der Sommerpause des Reichstages verabschiedet werden müssen. Schwierigkeiten bei den vorbereitenden Kabinettsberatungen macht im übrigen noch immer die Frage der Begrenzung des zu erfassenden Ostgebietes. Auch mit Preußen wird man sich noch über Fragen der Durchführung des Programms auseinanderzusetzen haben.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF